

Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses (5. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Gerster, Sönke Rix,
Sabine Bätzing-Lichtenthäler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/5045 –**

Rechtsextremistische Einstellungen im Sport konsequent bekämpfen – Toleranz und Demokratie nachhaltig fördern

A. Problem

Die gesellschaftlichen Leistungen des Sports sind herausragend. Der Sport kann Brücken bauen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und dazu beitragen, nationale und kulturelle Grenzen zu überwinden und Werte wie Respekt, Fairness und wechselseitige Anerkennung zu vermitteln. Der Sport kann das Erscheinungsbild eines Landes nach innen und außen positiv beeinflussen und zu einem besseren Miteinander im demokratischen Gemeinwesen beitragen. Im Bereich des Spitzensports hat dies die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland eindrucksvoll bewiesen, und auch im Breitensport werden tagtäglich unschätzbare Beiträge zur gesellschaftlichen Integration geleistet. Allerdings hat in jüngerer Vergangenheit auch das politische Spektrum der extremen Rechten den Sport als Mittel entdeckt, um Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in die Gesellschaft hineinzutragen. Sportvereine werden von Rechtsextremisten gezielt als Plattform für die Verbreitung ihrer Ansichten zu instrumentalisieren versucht, Sportveranstaltungen werden als Bühne für ihre öffentliche Selbstdarstellung missbraucht. Dabei treten Rechtsextremisten einerseits als aktive Sportlerinnen und Sportler in Erscheinung. Andererseits streben sie im organisierten Sport Positionen als Trainer, Vorstandsmitglieder oder Sponsoren an oder versuchen, ihre menschenverachtende Ideologie vom Zuschauerbereich aus zu verbreiten. Wie sozialwissenschaftliche Studien immer wieder bestätigen, machen rechtsextreme Wertemuster und Einstellungen vor Milieu- und Altersgrenzen keinen Halt. Folglich betreffen sie sowohl den Amateur- als auch den Profisport. Es steht zu befürchten, dass die Aktivitäten der extremen Rechten gerade im angeblich politikfernen Feld des Sports auf fruchtbaren Boden fallen könnten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

E. Bürokratiekosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/5045 abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2011

Der Sportausschuss

Dagmar Freitag
Vorsitzende

Klaus Riegert
Berichterstatter

Martin Gerster
Berichterstatter

Katrin Kunert
Berichterstatterin

Dr. Lutz Knopek
Berichterstatter

Viola von Cramon-Taubadel
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Klaus Riegert, Martin Gerster, Katrin Kunert, Dr. Lutz Knopek und Viola von Cramon-Taubadel

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 17/5045** in seiner 96. Sitzung am 17. März 2011 beraten und an den Sportausschuss zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der SPD fordert umfassende Initiativen, um Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung im Sport zu bekämpfen. Verbände und Vereine, Funktionärinnen und Funktionäre und Sportlerinnen und Sportler sollen für diese Problematik sensibilisiert und im Kampf gegen entsprechende Tendenzen unterstützt werden. Sie begrüßt prinzipiell die Initiative „Verein(t) gegen Rechtsextremismus – Handlungskonzept von Sport und Politik zur Förderung von Toleranz, Respekt und Achtung der Menschenwürde“ der Bundesregierung, fordert allerdings Maßnahmen für die Gewährleistung des nachhaltigen Erfolgs der darin vorgesehenen Sensibilisierungs-, Präventions- und Interventionsmaßnahmen. Um die Zivilgesellschaft allgemein zu stärken, zu sensibilisieren und unverzichtbares Sachwissen zu vermitteln, wird gefordert, die Auseinandersetzung mit dem Thema Sport und Rechtsextremismus sowohl in der wissenschaftlichen Forschung als auch in der politischen Bildungsarbeit kontinuierlich voranzutreiben.

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert

1. zeitnah einen Bericht vorzulegen, der detailliert darlegt, wo extremistische bzw. verfassungsfeindliche Bestrebungen im Sport bzw. in dessen Umfeld existieren. Dazu ist eine Erhebung konkreter Fallzahlen, aufgeschlüsselt nach Bundesländern, betroffenen Sportarten und den jeweils zu beobachtenden Formen des Extremismus, notwendig;
2. den Entwicklungen im Bereich „Extremismus und Sport“ (über die Vorstellung von Einzelinitiativen und Institutionen hinaus) in künftigen Sportberichten ein eigenes, ausführliches Kapitel zu widmen, das auch die oben genannten Fragestellungen regelmäßig aufgreift;
3. Verbände und Vereine bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen dauerhaft zu unterstützen. Das schließt die Schaffung dauerhafter Förderstrukturen ein, auf die Initiativen im Bereich der Rechtsextremismusbekämpfung zurückgreifen zu können, um dem Sport bei der Bekämpfung rechtsextremer Einstellungsmuster zu assistieren;
4. davon unabhängig weiterhin und verstärkt Modellprojekte zu initiieren und zu fördern, die sich dem Themenfeld der Rechtsextremismusprävention im Sportbereich widmen;
5. die Einführung des in dem Handlungskonzept vorgeschlagenen Gütesiegels, das der notwendigen Stärkung und Sensibilisierung der Vereine dienen soll, zügig vor-

anzutreiben. Im Dialog mit dem organisierten Sport muss sichergestellt werden, dass die im Kontext des Gütesiegels vereinbarten Regelungen bei so vielen Vereinen wie möglich umgesetzt werden;

6. in enger Kooperation mit dem organisierten Sport dafür Sorge zu tragen, dass alle Landessportbünde ihren Mitgliedern Ansprechpartner und Hilfestellungen bei der Umsetzung des Handlungskonzeptes zur Verfügung stellen. Die ehrenamtlichen Strukturen, speziell im Falle kleinerer Vereine, dürfen durch die Umsetzungen der Handlungsempfehlungen nicht überfordert werden;
7. zusätzliche Mittel für die wissenschaftliche Erforschung des „Problemfeldes Rechtsextremismus und Sport“ bereitzustellen und die politische Bildungsarbeit in diesem Bereich stärker zu fördern;
8. im Dialog mit dem Bundesrat darauf hinzuwirken, dass antiextremistische Fanprojektarbeit und andere zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, auch von Seiten der Länder und Kommunen angemessen unterstützt werden. Das schließt die faire Beteiligung aller Seiten bei gemeinsamen Finanzierungsmodellen ein.

III. Stellungnahme des mitberatenden Innenausschusses

Der **Innenausschuss** hat zu der Vorlage 17/5045 kein Votum abgegeben.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage in seiner 39. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und FDP** erklärten, dass der Antrag der Fraktion der SPD die ernst zu nehmende Gefahr der Vereinnahmung und Instrumentalisierung des Sports durch rechtsextremistische Bewegungen beschreibt. Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat daher erneut vor einem Jahr mit der Auftaktveranstaltung „Foul von Rechtsaußen – Sport und Politik verein(t) für Toleranz, Respekt und Menschenwürde“ eine Initiative gestartet, die genau dieser Gefahr entgegenwirkt. Zusammen mit dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) und der Deutschen Sportjugend (DSJ) wurde, aufbauend auf einer vom BMI in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Expertise, ein Handlungskonzept erarbeitet, um rechtsextremistische Tendenzen im Sport abzuwehren. Aber auch ressortübergreifend beteiligt sich die Bundeszentrale für politische Bildung und das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) an diesem Programm. In präventiver Hinsicht werden von der Initiative der Bundesregierung beson-

ders die Chancen bei Jugendlichen gesehen, die der Sport zur Vermittlung demokratischer Werte hat.

Die in dem Antrag der Fraktion der SPD gestellten Forderungen verkennen die im 12. Sportbericht der Bundesregierung für den Berichtszeitraum von 2006 bis 2009 (unter Nummer 2 – Gewaltpräventive Möglichkeiten des Sports und Bekämpfung von Rechtsextremismus) genannten Maßnahmen, wie auch die aktuellen Initiativen und Programme zusammen mit den verschiedenen Sportorganisationen. Die von der Fraktion der SPD geforderten, dauerhaften Förderstrukturen sind bereits jetzt bis zu dem haushaltrechtlich zulässigen Maß umgesetzt. Die übergreifende Einführung eines kostenintensiven Gütesiegels für Vereine und Verbände, muss – entgegen der Forderung der Fraktion der SPD – in Relation zu dem wirklichen Mehrwert stehen, der über ein formales Kennzeichen hinausgeht. Das Aufstellen von Ansprechpartnern bei Landessportbünden ist ebenso bereits ein Teil der Handlungsempfehlungen des BMI und hat Eingang bei den konkreten Maßnahmen gefunden.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, unabhängig von der jüngsten Diskussion um Fangewalt, bei der politische Motivationen – wenn überhaupt – eine untergeordnete Rolle spielen, besitzt das Thema Rechtsextremismusbekämpfung im Sport ungebrochene Aktualität. Zwar ist es im Bereich des Fußballs weitgehend gelungen, rechtsextreme Selbstinszenierungen aus den Stadien der Profiligen zu verdrängen. Ein Verdienst, das vor allem auf den Erfolgen langjähriger, engagierter Fanarbeit beruht. Der dahinter stehende ehrenamtliche Einsatz hat leider nicht überall die notwendige politische Unterstützung erfahren.

Gerade im Bereich der Amateure gibt es zahlreiche Anhaltspunkte, dass Vereinsarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten im Sport gezielt für die Verbreitung rechtsextremer Ideologie instrumentalisiert werden sollen. Im Kampf gegen solche Bestrebungen brauchen gerade kleinere Vereine konsequente politische Unterstützung und den Mut, bestehende Defizite aktiv zu thematisieren und anzugehen.

Zudem gilt es deutlich zu machen, dass rassistische, antisemitische, homophobe und andere Formen menschenfeindlicher Einstellungen auch dann nicht toleriert werden dürfen, wenn sie aus der so genannten politischen Mitte heraus geäußert werden. Im Sport, der ein Spiegelbild der Gesellschaft zeigt, finden sich die in der Bevölkerung vorhandenen Vorurteile und Ausgrenzungstendenzen – mitunter in gebündelter Form – wieder. Wie der Vorsitzende des Beratungsnetzwerks „Verein(t) gegen Rechtsextremismus“, Prof. Dr. Gunter Pilz, betont, muss deshalb solchen Haltungen auch im Sportbereich mit Nachdruck entgegengewirkt werden.

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung im Frühjahr Bereitschaft gezeigt hat, sich der Thematik anzunehmen. Dennoch darf es nicht bei öffentlichkeitswirksam inszenierten Absichtsbekundungen bleiben. Das Problem bedarf der konsequenten Aufarbeitung und die angestrebte Sensibilisierung der Vereine muss zeitnah, zielgruppenadäquat und nachhaltig umgesetzt werden. Die Empfehlungen des im Januar präsentierten Handlungskonzeptes bieten dabei sinnvolle Anregungen, wie die Einführung eines „Gütesiegels“ für Vereine, die sich klar gegen Rechtsextremismus positionieren. Bislang liegen jedoch kaum greifbare Ergebnisse vor.

Die notwendigen Maßnahmen bedürfen zudem der Flankierung durch weiter gehende Präventions- und Informationsangebote, welche die Bundesregierung, so schnell es geht, schaffen muss. In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, vorhandene und gut arbeitende Strukturen – wie beispielsweise die Koordinierungsstelle Fanprojekte (KOS) – durch zusätzliche Stellen zu stärken, die sich speziell dem Problemfeld der Bekämpfung rechtsextremer Aktivitäten und Einstellungen im Sport widmen. Dabei gilt es, den Blick nicht nur auf den Breitensport-Fußball zu richten und auch auf der Ebene der einzelnen Landessportbünde aktiv den Kampf gegen Rechtsextremismus zu fördern.

Die **Fraktion DIE LINKE**. begrüßt diesen Antrag und unterstützt das Anliegen, Rechtsextremismus zu bekämpfen, ausdrücklich. Sport hat auf die Gesellschaft verschiedene positive Auswirkungen und erfüllt eine Vielzahl von Funktionen. Unter anderem leistet er einen unverzichtbaren Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Durch das gemeinsame Sporttreiben und -erleben werden demokratische Grundwerte wie Toleranz, Respekt und Fairness vermittelt und Vorurteile abgebaut. Gerade bei Kindern und Jugendlichen hat die Integrationswirkung des Sports häufig einen positiven Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung. Es ist jedoch in der Vergangenheit vermehrt zu Vorfällen gekommen, wo rechtsextreme Organisationen diese Wirkungen des Sports für sich nutzen wollten, um ihre Ansichten zu verbreiten und neue Anhänger zu generieren. Hierfür besetzen Mitglieder der rechtsextremen Szene gezielt Funktionen, um beispielsweise als Trainer oder Schiedsrichter ein Vertrauensverhältnis zu den Kindern und Jugendlichen aufzubauen. Der vorliegende Antrag schildert diese Situation umfassend und erläutert, wie die rechtsextremen Gruppen sich gezielt den Sport als Plattform suchen. Der Antrag enthält insgesamt acht Forderungen, in denen erläutert wird, wie Rechtsextremismus im Sport wirksam bekämpft werden kann. Beispielhaft sei hier nur die Forderung nach dauerhaften Förderstrukturen für Verbände und Vereine genannt. Die Fraktion DIE LINKE. teilt ausdrücklich das Ziel, Rechtsextremismus zu bekämpfen und zu verhindern, dass die positiven Effekte des Sports in ihr Gegenteil verkehrt werden. Die Fraktion DIE LINKE. ist gegen Gewalt und Diskriminierungen jeglicher Art. Alle Menschen sowohl mit als auch ohne Behinderung sollen die Möglichkeit haben, Sport zu treiben, unabhängig von sozialen, ethnischen, religiösen oder sexuellen Hintergründen. Kritisch an dem Antrag wird jedoch gesehen, dass im Titel und zum größten Teil auch im Antragstext zwar die Rede von „Rechtsextremismus“ ist, an anderer Stelle jedoch nur „extremistische Umtriebe“ genannt werden. Hier sollte unserer Auffassung nach eine einheitliche Formulierung verwendet werden. Der Versuch, den Sport zu missbrauchen, um gewaltverherrlichende und menschenverachtende Ansichten zu verbreiten, ist ausschließlich von rechtsextremistischer Seite festzustellen. Aus diesem Grund muss diese Gefahr auch eindeutig benannt werden. Positiv hervorzuheben ist, dass in dem Antrag deutlich gemacht wird, dass „rechtsextreme Wertemuster und Einstellungen vor Milieu- und Altersgrenzen keinen Halt“ machen. Es gibt nicht den einen Typ, der aufgrund von Alter, sozialem Status, Musikgeschmack oder Kleidung eindeutig der rechtsextremen Szene zuzuordnen ist. Vielmehr sind die Anhänger dieser Denkmuster größtenteils nicht mehr durch ihr Erschei-

nungsbild identifizierbar und in allen gesellschaftlichen Schichten zu finden. Umso wichtiger ist es, Aufklärungsarbeit zu leisten und die Vereine zu unterstützen, damit die rechtsextremen Versuche keinen Erfolg haben. Die Fraktion DIE LINKE. teilt auch die Auffassung, dass Modellprojekte mit einer zu kurz bemessenen Frist keinen nachhaltigen Erfolg bringen können. Gerade im Bereich der Fanarbeit braucht es eine gewisse Zeit, um Strukturen aufzubauen und alle beteiligten Akteure einzubeziehen. Wenn dann keine Anschlussförderung gesichert ist, gehen wertvolles Engagement und Projekte mit Vorbildcharakter möglicherweise verloren. Trotz des kleinen Kritikpunktes kann die Fraktion DIE LINKE. dem Antrag aufgrund seiner positiven Zielsetzung und den überwiegend einvernehmlichen Forderungen zustimmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begründete ihre Enthaltung damit, dass der Antrag der Fraktion der SPD zwar im Grundsatz positiv zu bewerten sei, an einzelnen Stellen aber bereits konkretere und stärker zielgerichtete Vorstöße durch den Gesetzgeber zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im Sport erfolgt sind. So sei eine Sensibilisierung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern für die Problematik und eine stärkere Hervorhebung des „Extremismus im Sport“ in Publikationen zwar begrüßenswert, doch müsse insgesamt mehr Wert auf die Reduzierung bürokratischen Aufwandes in der Implementierung von Projekten gegen Rechtsextremismus in Sportvereinen gelegt werden. Ferner hat die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits in der vergangenen Legislaturperiode einen Antrag (Drucksache 16/12115) eingereicht, der sich mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im Sport widmet. Damalige Forderungen seien neben anderen die Einrichtung einer Ombudsstelle, einer „Antidiskriminierungsstelle Sport“ sowie die Förderung jährlicher Fankongresse gewesen.

Berlin, den 7. November 2011

Klaus Riegert
Berichterstatter

Martin Gerster
Berichterstatter

Katrin Kunert
Berichterstatterin

Dr. Lutz Knopek
Berichterstatter

Viola von Cramon-Taubadel
Berichterstatterin

